

Politischer Salon der ÖDP Berlin zum Emissionshandel

Am 13. November 2025 traf sich in den Räumen der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Berlin eine hochkarätig besetzte Experten-Runde, um über "[Die unausgeschöpften Potentiale des Emissionshandels](#)" zu diskutieren. Alle einte die Überzeugung, dass der europäische Emissionshandel ein hervorragendes, weil besonders effizientes klimapolitisches Instrument sei, welches nicht nur gegen Zweifler in Wirtschaft und Politik verteidigt werden müsse, sondern auch noch weiter optimiert werden könne. Wie allerdings eine solche Optimierung im Detail aussehen solle... da schieden sich die Geister.

Den Anfang machten zwei Beiträge, die eine Fundamentalkritik am Design des vor zwanzig Jahren gestarteten Zertifikatehandels darstellten. Der Dipl.-Ökonom und 1. Stellv. Landesvorsitzende der ÖDP Berlin [Dr. Björn Benken](#) kritisierte, dass der europäische Emissionshandel anders als von der Umweltökonomie behauptet keinen Markt für Schadstoffvermeidung geschaffen hätte. Lediglich der Handel mit dem Hilfsgut Zertifikate würde nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfolgen, wohingegen die Mengenobergrenze für den Schadstoffausstoß (das sogenannte "Cap") de facto ein sozialistisches Element sei. Die bisher praktizierte reine Mengensteuerung müsse durch eine kombinierte Preis-Mengen-Steuerung ersetzt werden, bei der ein zu niedriger Zertifikatspreis zu einer Absenkung des Caps führe, ein zu hoher Preis hingegen zu dessen Ausweitung. Ob ein Zertifikatspreis zu niedrig oder zu hoch sei, würde sich dadurch bestimmen, ob er sich unterhalb oder oberhalb des gesamtgesellschaftlichen Nutzens einer eingesparten Tonne CO₂ befände. Die anspruchsvolle Aufgabe der Bestimmung der Grenznutzenkurve solle laut Benken einer neu zu schaffenden europäischen Behörde übertragen werden. Dann würde die Mengen- bzw. Preisentwicklung allein durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse beeinflusst werden können, politische Verhandlungen dagegen würden obsolet werden.

Für [Jürgen Hacker](#), der elf Jahre lang Vorsitzender des Bundesverbands Emissionshandel und Klimaschutz war, sind die starken Kursschwankungen eines der Hauptprobleme des Emissionsrechtehandels. Die Ursache hierfür sieht er im ungehinderten Wirken der internationalen Finanzmarktspekulation. Eigentlich sollten Emissionsrechtepreise die Höhe der Grenzvermeidungskosten der Unternehmen widerspiegeln; doch durch Spekulations-Einflüsse würden sie diese wichtige Funktion verlieren. Die volkswirtschaftlichen Kosten und sozialen Belastungen würden dadurch höher als nötig ausfallen. Zur Abwehr von Finanz-

spekulation sollen seiner Ansicht nach ausschließlich Anlagenbetreiber an den staatlichen Versteigerungen der Emissionsrechte teilnehmen dürfen; hierzu könnten die verifizierten Daten der historischen Emissionen herangezogen werden. Der Grund, warum bisher noch keine Anstrengungen zur Änderung der EU-Versteigerungsverordnung in diese Richtung unternommen worden sind, liegt laut Hacker darin, dass der Staat stets an möglichst hohen Versteigerungserlösen interessiert gewesen sei.

Dagegen lobte [Prof. Barbara Praetorius](#) von der Hochschule für Technik und Wirtschaft den Emissionshandel für seine bisherigen Erfolge; weltweit gäbe es mittlerweile schon viele Nachahmer. Durch die Entwicklung der Zertifikatepreise in den letzten Jahren würde sich eine gute langfristige Perspektive andeuten, auch wenn die Wirkung auf das Klima nicht vom Zertifikatspreis alleine abhängt. Die kostenlose Zuteilung müsse beendet werden zugunsten einer vollständigen Versteigerung der Zertifikate, damit die hierdurch geschaffenen Staatseinnahmen für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden können. Diese Einnahmen seien ein großer Vorteil des ETS im Vergleich zum Ordnungsrecht. Wichtig sei auch die soziale Kompensation – hier seien andere Länder wie z.B. Schweden schon deutlich weiter. Klimapolitik sei „das wichtigste Instrument im Orchester unserer gesellschaftlichen Herausforderungen“; doch Musik würde daraus erst werden, wenn alle miteinander und nicht gegeneinander spielen. Als ein problematisches Element des ETS bezeichnete Praetorius die im Hintergrund laufende Strompreiskompensation, mit der große energieintensive Unternehmen subventioniert werden. Die Grenzausgleichsabgabe CBAM in ihrer aktuellen Ausgestaltung sah sie als „eine WTO-bedingte Krücke“.

[Florian Zerzawy](#) vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ging auf die Ereignisse der Vorwoche ein, als mehrere EU-Mitgliedsstaaten eine Aufweichung der ETS-Richtlinie gefordert hatten. Wenn der Wunsch des EU-Umweltrates, das Auslaufen der kostenlosen Zertifikate-Zuteilung zu verzögern, tatsächlich erfüllt würde, wären damit diejenigen Unternehmen bestraft, die schon jetzt in die grüne Transformation investiert hätten. Damit wäre die für die Wirtschaft so wichtige Planungssicherheit und am Ende auch die politische Glaubwürdigkeit in Gefahr. Auch die nun vereinbarte Verschiebung der Einführung des ETS-2 von 2027 auf 2028 ist für Zerzawy ein völlig falsches Signal. Die Zertifikatspreise würden aufgrund des höheren Minderungsdrucks in den Folgejahren nur umso mehr steigen, was wiederum weitere Abschwächungen bei den Minderungszielen auslösen könnte. Dass geplant ist, künftig fünf (statt nur drei) Prozent internationale

Gutschriften auf das Minderungsziel anrechnen zu dürfen, sei bedenklich, weil in der Vergangenheit viel zu oft Gutschriften für Projekte mit äußerst zweifelhafter Qualität erteilt wurden.

Auch [Christopher Leisinger](#) vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, der kurzfristig für den verhinderten Dr. Michael Pahle eingesprungen war, bezog sich auf die aktuellen Entwicklungen. Wenn die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 90 % gesenkt werden sollen, sei absehbar, dass die letzten 5 bis 10 Prozentpunkte richtig teuer werden; laut Modellierungen des PIK könnte der Zertifikatspreis bis zur Mitte des Jahrhunderts rasch auf mehrere hundert Euro je Tonne steigen. Hier hoffe die Politik auf Entlastung durch internationale Gutschriften. Allerdings bestehen berechtigte Zweifel an deren Verfügbarkeit, Qualität und tatsächlicher Kostenwirkung. In jedem Fall müsse die Politik nun feste Kriterien festlegen, die eine gewisse Güte garantierten. Auch sollten qualitativ hochwertige, zertifizierte CO₂-Entnahmen (CDR) am Zertifikatemarkt angeboten werden dürfen. Angesichts des ambitionierten Zieles sei es wichtig, den Markt bzw. die Preisentwicklung möglichst gut zu stabilisieren. Der Sorge um kurzfristige Preisspitzen könne mit einem dynamischen Preisdeckel begegnet werden. Diese Lösung sei aber politisch und technisch anspruchsvoll, so Leisinger. Wird der maximale Preis bindend und löst die Freigabe zusätzlicher CO₂-Zertifikate aus, müsse gleichzeitig ein bindender Mindestpreis sicherstellen, dass überschüssige Zertifikate später wieder entzogen werden, um die langfristige Emissionsobergrenze dauerhaft zu wahren.

[Roland Fink](#), angestellt beim Bundesverkehrsministerium und Mitglied bei Ökologische Marktwirtschaft e.V., vertrat die These, man müsse den Emissionshandel „einfach nur machen lassen“; dann würden sich die volkswirtschaftlich besten Ergebnisse von alleine einstellen. Er sieht die größte Schwäche des Emissionshandels darin, dass dieser nicht umfassend zur Anwendung kommt und allzu oft durch staatliche Eingriffe an anderen Stellen konterkariert wird, welche entweder reine Symbolpolitik darstellten oder gleichzeitig anderen – z.B. verteilungspolitischen – Zwecken dienten. Wäre die Klimawirkung die einzige Zielgröße dieser Maßnahmen, dann würde die Einsparung einer zusätzlichen Tonne CO₂ oft mit Kosten im hohen dreistelligen bis vierstelligen Euro-Bereich erkaufte werden. Dies illustrierte Fink an verschiedenen Beispielen wie dem Kohleausstieg, den Steuervorteilen und Subventionen für batteriebetriebene Elektroautos, der Wärmepumpen-Förderung, dem 9-Euro-Ticket sowie einem allgemeinen Tempolimit. Zum Vergleich führte er die Daten der Methoden-

konvention 3.2 des Umweltbundesamtes an, wonach der langfristig entstehende Schaden einer Tonne CO₂ 300 Euro (diskontiert) bzw. 880 Euro (nicht diskontiert) beträgt. Dass der Zertifikatspreis aktuell bei lediglich 80 Euro liegt, stellt für ihn ein krasses Missverhältnis dar.

In der sich anschließenden **Diskussion** vertrat **Florian Zerzawy** die Ansicht, dass erst durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz Planungssicherheit für die Unternehmen entstand und dass zusätzliche klimapolitische Instrumente dazu beitrügen, dass der Zertifikatspreis nicht zu stark steigen würde. Genau das sei das Problem, entgegnete **Roland Fink**: Wenn es nicht einen gewissen Preisschock gäbe, würde es auch keine Veränderungen geben. **Barbara Praetorius** wiederum wollte sich der These, dass das EEG zu teuer sei, nicht anschließen. Untersuchungen würden zeigen, dass mit diesem Instrument Lernkurveneffekte besser erreichbar gewesen seien als mit dem Emissionshandel. Bezüglich des Kohleausstiegs merkte sie an, dass dieser auch immer Strukturwandelpolitik sei. Sie sei Co-Vorsitzende der Kohlekommission gewesen zu einem Zeitpunkt, „als der Emissionshandel nicht lieferte“; erst danach gab es wirksame Preissignale. Auch **Christopher Leisinger** plädierte für eine ausgewogene Klimapolitik, in der der CO₂-Preis als zentrales Steuerungsinstrument sinnvoll durch weitere Instrumente und einen wirksamen sozialen Ausgleich ergänzt wird.

Björn Benken wies darauf hin, dass grundsätzlich eine Grenzbesteuerung (bzw. Besteuerung mit hoher Freigrenze) insofern vorteilhaft gegenüber einer allgemeinen Besteuerung sei, weil mit ersterer jene Emissionsmengen besteuert würden, die für Unternehmen tatsächlich entscheidungsrelevant sind. Wenn die Unternehmen im Sockel-Bereich massiv entlastet würden, könnten sie an der Produktionsgrenze umso höher belastet werden, womit enorme Anreize zur Schadstoffminderung entstünden. Eine Grenzsteuer sei technisch mit der kostenlosen Zuteilung der Zertifikate gleichzusetzen, eine allgemeine Steuer mit ihrer Versteigerung. Für **Barbara Praetorius** hingegen sind Versteigerungen unbedingt nötig, um den Unternehmen ökonomische Anreize für eine effiziente Emissionsminderung zu geben. **Jürgen Hacker** möchte die Erlöse der Versteigerungen zu 100 Prozent wieder an die Bürger ausschütten – „denn die Emissionsrechte gehören ja eigentlich uns allen!“.

Auf die Frage, ob statt eines Zertifikatehandels auch eine entsprechend ausgelegte Steuer eine Option sei, antwortete **Florian Zerzawy**, dass seiner Ansicht nach speziell beim ETS-2 mit den Bereichen Gebäude/Wärme und Straßenver-

kehr eine Steuer tatsächlich die bessere Lösung sein könnte. Denn am ETS-2 werden die Endverbraucher beteiligt sein und für diese wären starke Kurschwankungen nochmals schwieriger zu bewältigen als für Unternehmen.

Auch über die Grenzausgleichsabgabe, die in den nächsten Jahren nach und nach aufgebaut werden soll, wurde diskutiert. **Christopher Leisinger** meinte, schon allein die Drohkulisse des CBAM würde Wirkung zeigen. Wenn das Ausland vor die Wahl gestellt würde, ob es seine Unternehmen Zölle an die EU zahlen lassen wolle oder die CO₂-Einnahmen lieber für sich selbst behielte, wäre letzteres natürlich attraktiver. **Jürgen Hacker** plädierte in dem Zusammenhang für ein „komplettes CBAM“, welches er schon 2006 vorgeschlagen hätte. Nicht nur Importeure sollten besteuert werden (bzw. sollten, noch besser, Emissionsrechte erwerben müssen); vielmehr sollten auf der anderen Seite auch Exporteure Emissionsrechte zugeteilt bekommen. Eventuelle Differenzen könnten aus der Marktstabilitätsreserve beglichen werden. Auch dieser Vorschlag sei damals nicht aufgegriffen worden; vermutlich hätte der Staat nicht auf Steuereinnahmen verzichten wollen.

Ein **Zuhörer** kritisierte jene Unternehmen, die jetzt überrascht seien, dass der Zertifikatehandel endlich wirkt, und nun über ihre Lobbyverbände nach Ausnahmeregelungen schreien, die die Gesellschaft als Ganzes benachteiligen. Ein **anderer Zuhörer** merkte an, dass Symbolpolitik nicht immer ineffizient sein müsse, sondern durchaus auch Verhaltensänderungen anstoßen könne. So hätte er sich durch das 9-Euro-Ticket erstmals in seinem Leben für seinen klimaneutralen Lebensstil belohnt gefühlt und das hätte ihn motiviert, weiterzumachen. Dass auf der Veranstaltung viele Zahlen präsentiert worden seien, die von der Gegenseite prompt bestritten wurden, hätte ihn überrascht; jetzt sei er neugierig geworden und wolle selbst weiter recherchieren.

Insgesamt fanden alle Seiten, dass es ein gutes und spannendes Streitgespräch gewesen sei. Dass in Europa mittlerweile nur noch über das „Wie“, aber nicht mehr über das „Ob“ von Klimapolitik diskutiert würde, sei ein erfreulicher Fortschritt. Andererseits würde gerade in diesen Tagen der Emissionshandel so massiv unter Beschuss stehen wie schon lange nicht mehr. Deshalb sei es eine lohnende Aufgabe, den Europäischen Emissionshandel konzeptionell voranzutreiben, seine Funktionsweise immer weiter zu verbessern und überzeugende Lösungen für *alle* Beteiligten zu finden.